



Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität | Postfach 31 60 | 55021 Mainz

Vorsitzender des Ausschusses für
Klima, Energie und Mobilität
Herrn Gerd Schreiner, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/954
VORLAGE

DER STAATSEKRETÄR

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mkuem.rlp.de
<http://www.mkuem.rlp.de>

30. Nov. 2021

Mein Aktenzeichen
MB-01 421-2/2021-31

Ihr Schreiben vom Ansprechpartner/-in / E-Mail
MB2-Landtag@mkuem.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-5394
06131 16-175394

Sitzung des Ausschusses für Klima, Energie und Mobilität am 28.10.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der oben genannten Sitzung wurde zum

TOP 2) „EU-Klimapaket "Fit for 55"

Antrag der Fraktion der FDP, Vorlage 18/595

zugesagt, schriftlich zu berichten. Ich berichte daher wie folgt:

- Die EU hat in diesem Jahr ihr Klimaziel nach oben korrigiert. Sie strebt an, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent im Vergleich zum Referenzjahr 1990 zu reduzieren. Dies ist notwendig, um das 2015 in Paris vereinbarte Ziel erreichen zu können, die weltweite Temperaturerhöhung auf 1,5 bis maximal 2 Grad zu begrenzen.
- Das Gesetzespaket „fit for 55“ der EU-Kommission ist die zentrale Stellschraube, damit die EU ihre erhöhten Klimaschutzziele für 2030 und die Klimaneutralität bis 2050 erreichen kann.

1/4

Verkehrsanbindung

☺ Sie erreichen uns ab Hbf. mit den Linien 6/6A (Richtung Wiesbaden), 64 (Richtung Laubenheim), 65 (Richtung Weisenau), 68 (Richtung Hochheim), Ausstieg Haltestelle „Bauhofstraße“. ☒ Zufahrt über Kaiser-Friedrich-Str. oder Bauhofstraße.

Parkmöglichkeiten

Parkplatz am Schlossplatz
(Einfahrt Ernst-Ludwig-Straße),
Tiefgarage am Rheinufer
(Einfahrt Peter-Altmeier-Allee)



Fit for 55 soll dafür sorgen, dass mehr Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Damit wird innerhalb der EU auch mehr Vorsorge vor stärkeren Folgen des Klimawandels geleistet.

- Das führt zwar zu Mehrausgaben für die Bürgerinnen und Bürger. Daher ist es wichtig, dass die Umsetzung sozial gerecht erfolgt. Bei einem ungemindert fortschreitenden Klimawandel würden die Bürgerinnen und Bürger jedoch ebenso belastet, etwa durch vielfältige Wirtschaftseffekte und Folgen für die Gesundheit. So würde zum Beispiel die Arbeitsleistung im Handwerk durch den Klimawandel stark betroffen, der Energiebedarf für die Kühlung würde deutlich ansteigen und die Transportketten (z. B. Schifffahrt) würden stark in Mitleidenschaft gezogen werden.
- Der EU-Klimasozialfonds sieht vor, Einnahmen aus dem Emissionshandel zur Finanzierung von Energieeinsparprojekten und der Abfederung von sozialen Auswirkungen zu verwenden.
- Hier sollte der geplante EU-Klimasozialfonds mitfinanziert aus CO₂-Bepreisungseinnahmen auf nationaler Ebene zielgerichtet umgesetzt werden. Ein Bürgerfonds, der allen Bürgerinnen und Bürgern pauschal ausgezahlt wird, würde insbesondere den sozial Schwächeren zugutekommen. Diesen sehe ich als einfaches Mittel eine große Wirkung zu erzielen, ohne bürokratische Hürden zu schaffen.

Zu den im Berichtsantrag gefragten erwarteten Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz im Einzelnen:

- Im Verkehrsbereich steigen die Treibhausgasemissionen anders als in andere Bereichen weiter an. Gleichzeitig betrifft Mobilität – nicht nur in Rheinland-Pfalz – alle Bürgerinnen und Bürger, Klein- und mittelständische Unternehmen und die Industrie.
- Das Gesetzespaket der EU sieht vor, dass in Zukunft nur noch treibhausgasneutrale PKW neu zugelassen werden sollen. Die Automobilhersteller und Zulieferer haben bereits den Weg eingeschlagen. Die Bundesregierung fördert den Kauf von E-Fahrzeugen. Parallel bauen wir in Rheinland-Pfalz die Infrastruktur für E-Mobilität, Wasserstoff und Biogase aus.



- Die Landesregierung entwickelt eine Wasserstoffstrategie, die in den Bereichen zur Anwendung kommen wird, für die kein elektrischer Antrieb sinnvoll ist. Die Mobilität im Land wird durch den Ausbau der Radfernwege ergänzt.
- Rückgrat der Mobilitätswende ist jedoch ohne Zweifel ein klima- und kundenfreundlicher Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs.
- Die verstärkte Treibhausgasreduzierungsquote schafft klare und identische Rahmenbedingungen für alle Bereiche. Die geforderte höhere energetische Sanierungsrate von drei, statt einem Prozent pro Jahr für Gebäude ist für den Klimaschutz in Rheinland-Pfalz essenziell wichtig.
- Hier liegt neben der Energieerzeugung die größte Quelle für Treibhausgase. Der Handlungsbedarf ist dementsprechend groß.
- Wenn wir hier klimaneutralere Bauarten, wie zum Beispiel den Holzbau einsetzen, schaffen wir eine regionale Beschäftigungskette mit nachhaltiger Wirkung für Umwelt, Wirtschaft und den Forstbereich.
- Die EU will nun mit dem vorgelegten Paket die europäischen Unternehmen in Richtung Klimaneutralität führen. Sie will die Verlagerung energiereicher Industriezweige, den sogenannten Carbon Leakage, verhindern, den Handlungsrahmen für exportabhängige Unternehmen auch in Rheinland-Pfalz etablieren und ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt stärken. Im „fit for 55“-Paket gibt es dafür den sogenannten Grenzausgleichsmechanismus, der insbesondere für unsere vom Export abhängige Wirtschaft auch über die europäischen Grenzen hinaus erfolgen muss.
- Ein weltweiter CO₂-Preis könnte sowohl Anreize zum Ausbau Erneuerbarer Energie in Drittstaaten, als auch zur Stärkung lokaler Wertschöpfungskreisläufe bieten.
- Den dringend benötigten europaweiten Ausbau der Erneuerbaren Energien gehen wir bei uns konzertiert an: 500 Megawattpeak neue Windkraftkapazitäten und 500 Megawattpeak PV-Anlagen sollen in Rheinland-Pfalz pro Jahr hinzukommen.



- Gleichzeitig wird in der EU-Waldstrategie 2030 die herausragende Bedeutung von Wäldern für den Klimaschutz herausgestellt. Daher ist es Ziel, die Waldökosysteme der EU zu erhalten und zu mehren sowie ihren ökologischen Zustand und ihre Resilienz zu verbessern, um ihr Leistungspotential im Kontext der Nachhaltigkeit für künftige Generationen zu bewahren und auszubauen. Ansonsten können Borkenkäferinfälle, andauernde Trockenheitsperioden und Windextreme langfristige Schäden auslösen.
- Im Vorschlag der Europäischen Kommission zur Anpassung der EU-Verordnung über Landnutzung, Landnutzungsänderung Forstwirtschaft (sogen. LULUCF-VO) zur Steigerung des Netto-CO₂-Abbaus in diesen Sektoren, sehen wir jedoch noch Konkretisierungsbedarf im Hinblick auf den Zielkonflikt mit der ebenfalls gewünschten Nutzung von Holz als klimaneutralem Baustoff und Biomasselieferant.
- Alles in allem hilft nur aktiver Klimaschutz, wie wir ihn in Rheinland-Pfalz seit Jahren betreiben.

In vielen Branchen ist der Wandel bereits im Gange. Ein Zögern verschiebt und multipliziert die Kosten, wie ein ständig ansteigender Kredit, den man dann nicht mehr bezahlen kann. Wir müssen jetzt den Umstieg sozial gerecht, gemeinsam mit den Betroffenen und schnellstmöglich gestalten. Lassen Sie uns die Chancen des EU-Pakets auch in unserem Sinne nutzen. Die Zeit drängt, um die Klimaschutzziele von Paris zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Erwin Manz